



Nordwest-Erweiterung des LSG Sächsische Schweiz im Bereich Breitenstein möglich

Im vergangenen Heft hatten wir mit einem Beitrag von Dietrich Graf, Forstamtsleiter des Forstamtes Lohmen, die recht unbekannte Nordwestflanke der Sächsischen Schweiz vorgestellt. In diesem Gebiet liegt u.a. der Breitenstein zwischen Dittersbach und Porschendorf mit interessanten Felsbildungen im Übergangsbereich von Granit zu Sandstein. Das Breitenstein-Gebiet ist bisher weder in das LSG Sächsische Schweiz noch in das benachbarte LSG Schönfelder Hochland integriert.

Der Vorschlag von Dietrich Graf, dieses Gebiet in das LSG Sächsische Schweiz einzubeziehen, hat gute Chancen, umgesetzt zu werden. Im Rahmen der Novellierung der Verordnung zur Nationalpark-Region wird derzeit eine Erweiterung des LSG im Nordwest-Bereich geprüft. Probleme bereitet der westliche Teil des Sandsteingebietes, der sich jetzt noch im LSG Schönfelder Hochland befindet, aber naturräumlich auch zum Sandsteingebiet der Sächsischen Schweiz gehört. Es wird aber angestrebt, auch diese Sandsteingebiete bei der Novellierung in das LSG Sächsische Schweiz einzubeziehen.

Weitere Verzögerungen in der Papierfabrik Königstein-Biela immernoch weiß

Am 1. Februar 1995 sollte der Probetrieb der neuen Abwasserbehandlungsanlage der Feinpapierfabrik Königstein beginnen. Aber auf Grund fehlerhafter Dimensionierung der Projektierungsfirma kann keine ausreichende Klärung erfolgen und die Biela ist wie schon in den vergangenen Jahren weiß.

Die zwei neu installierten Anlagenkomponenten (sog. Schrägklärer) schaffen, das ergab der Probetrieb, nur 2/3 der anfallenden Wassermenge, so Geschäftsführer Cedra. Neben einem drittem Schrägklärer ist sogar ein vierter notwendig, da sich die Klärer im Verlauf von ein bis zwei Schichten zusetzten und deshalb periodisch gereinigt werden müssen.

Die Papierfabrik fordert jetzt vom Anlagenbauer eine Nachbesserung. Noch im Mai sollen die beiden Schrägklärer aus Schweden geliefert werden, kann uns Herr Cedra mitteilen. Der Aufbau der kompletten Komponenten soll Ende Juni abgeschlossen sein. Dann soll der provisorische Betrieb beginnen. Damit soll auch für das Wasser der Biela eine neue, "saubere Zeit" beginnen.

Über den Erfolg werden wir in Heft 11 berichten.

Helmut Kohl als Porträt in den Elbwänden?

Etwas überrascht war man schon über die ernst gemeinte Idee des Gießener Unternehmers Schneider, in den Elbwänden bei Reinhardtsdorf (gegenüber Hřensko) die Porträts deutscher Bundeskanzler als Touristenattraktion einmeißeln zu lassen.

Die Hintergründe lassen allerdings aufhorchen. Der Gießener Unternehmer hatte sich bereits um etliche bergbauliche Abbaurechte im LSG Sächsische Schweiz beworben. So z.B. um eine neue Kiesgrube in Kleingießhübel, die durch den Widerstand der Einwohner (siehe auch einen Beitrag von Horst und Kerstin Trempler in Heft 9) und die ablehnende Haltung der Umweltbehörden wohl vom Tisch ist. Nächstes Projekt war ein Steinbruchbetrieb in den Elbwänden von Reinhardtsdorf-Schöna, ist von besorgten Einwohnern des Ortes zu erfahren. Als die Aussichten für dieses Projekt immer ungünstige wurden, kam die rettende Idee mit einem Kopf von Helmut Kohl in den Elbwänden...

Da der Widerstand gegen eine solche Idee von allen nur denkbaren Seiten kam; u.a. auch vom Abteilungsleiter Naturschutz, Herrn Simfendörfer, aus dem sächsischen Umweltministerium (siehe SZ), kann man die Idee hoffentlich als Aprilscherz zu den Akten legen.

Für die Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna hat die ganze Aktion eine durchaus positive Seite. Der Ort ist deutlich bekannter geworden.

Neue Kurklinik in Ostrau geplant

Der Betreiber der Kirnitzschtalklinik in Bad Schandau beabsichtigt in Ostrau neben der bestehenden Klinik noch eine weitere Rehabilitationsklinik für Herzpatienten mit 200 Betten zu bauen. Dies wäre dann das zweite Objekt in Ostrau.

Ursprünglich war dafür ein Standort am Ortsausgang geplant. Dort wäre der Neubau aber von allen Seiten aus einsehbar und würde das Landschaftsbild empfindlich stören. Da die Nationalparkverwaltung ihre Zustimmung nur erteilt, wenn eine ähnlich gute Lösung wie bei der ersten Kurklinik in Ostrau gefunden bzw. man auf einen weniger sensiblen Standort (im Gespräch ist Gohrisch) ausweichen würde, ist im Moment ein Standort am Ortseingang von Ostrau auf einem bereits bebauten Grundstück im Gespräch.

Gohrisch wurde vom Investor wegen der entfernten Lage und des damit erhöhten Aufwandes für die gemeinsame Verwaltung der Kliniken abgelehnt. Die Stadt Bad Schandau steht hinter dem Projekt, da für sie die 120 in Aussicht gestellten Arbeitsplätze Vorrang haben.

Die bei einem Informationsgespräch bei der Nationalparkverwaltung im März 1995 anwesenden Naturschutzverbände haben sich kritisch zum Projekt einer zweiten Kurklinik in Ostrau ausgesprochen, da ihrer Meinung nach bereits mit dem Bau der ersten Kurklinik die Grenze der Belastbarkeit für den kleinen Ort und die Zufahrtsstraße durch den Zahnsgrund erreicht ist und eine ebenso gute Lösung wie bei der ersten Kurklinik nicht noch einmal möglich erscheint. Diese Möglichkeit wäre aber in Gohrisch durchaus gegeben. Bleibt abzuwarten, ob 120 Arbeitsplätze schwerer wiegen als der Erhalt des Landschaftsbildes der Sächsischen Schweiz und kaum noch zu beherrschende Verkehrsströme im Zahnsgrund.

Klaus Kallweit

Touristische Tiefflüge - eine Lösung ist in Sicht

Nachdem das Gutachten zu touristischen Tiefflügen über der Sächsischen Schweiz im vergangenen Jahr vorgestellt wurde, sind nun weitere Bemühungen der Sächsischen Ministerien im Gange. Mitte Dezember 1994 stellte Minister Schommer erneut einen Antrag auf Ausweisung eines Flugbeschränkungsgebietes über der Nationalpark-Region beim Bundesminister für Verkehr in Bonn.

Inzwischen ist die Antwort aus Bonn eingetroffen, erfuhren wir auf unsere Nachfrage beim Sächsischen Wirtschaftsministerium, Abteilung Verkehr. In einem Schreiben erläutert Regierungsdirektor Schneider den derzeitigen Stand:

"Im Ergebnis der Prüfung wird vom Bundesminister für Verkehr die Auffassung vertreten, daß Flugbeschränkungsgebiete zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicher-

heit eingerichtet werden. Gebiete mit Flugbeschränkungen aus Gründen des Naturschutzes gibt es in Deutschland allerdings nicht. Für 29 naturgeschützte Gebiete, darunter auch die Sächsische Schweiz, gilt eine Empfehlung des Überfliegens von 600 m über Grund. Diese Empfehlung soll allerdings durch eine gleichartige verbindliche Regelung ersetzt werden."

Regierungsdirektor Schneider weiter: "In der 9. Verordnung zur Änderung der Luftverkehrsordnung, die nach Zustimmung des Bundesrates in Kürze in Kraft treten soll, ist vorgesehen, eine Mindesthöhe von 2000 Fuß (ca. 600m) über Grund vorzuschreiben. ... Die Errichtung eines Flugbeschränkungsgebietes für Zwecke des Naturschutzes im Bereich der Sächsischen Schweiz würde Forderungen für eine Vielzahl vergleichbarer Gebiete nach sich ziehen. Als Beispiel darf ich das Wattenmeer der Nordsee nennen, das von der dänischen bis zur niederländischen Küste reicht. Im Ergebnis dessen würde der Luftverkehr erheblich beeinträchtigt. Der mit der Änderung der Luftverkehrsordnung eingeschlagene Weg erscheint daher als der geeignetere Ansatz, um zu einer akzeptablen Lösung zu kommen."

Wenn diese Lösung realisiert würde, wäre das für die Sächsische Schweiz eine gute Sache. Dann gelten nicht mehr die 150 m über Grund, sondern die 600 m über Grund als gesetzlich vorgeschriebene Mindestflughöhe. Bei dieser Höhe, so das Ergebnis des Gutachtens des Umweltministeriums, wäre die Gefahr für die Vogelwelt weitgehend gebannt und auch die Lärmbeeinträchtigung ist nur noch von untergeordneter Bedeutung. Ein Tiefflug über den Lilienstein, die Bastei oder die Bärfangwände wäre dann tabu.

Peter Rölke

Noch nichts Neues zur Fähre Schöna - Hřensko

Die Errichtung einer Fährverbindung von Schöna nach Hřensko läßt noch immer auf sich warten. In einer Beratung beim Wirtschaftsministerium wurde festgestellt, daß die Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna ihr Möglichstes getan hat, um die Voraussetzungen für den Fährbetrieb zu schaffen. Die Weiterführung der Angelegenheit wurde jetzt dem Landrat Geisler angetragen.

Unverständlich, daß diese wichtige Verbindung, die die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs in die Böhmisches Schweiz deutlich erhöhen würde, nun schon seit Jahren auf sich warten läßt. Auch das Jahr 1995 wird wohl vergehen, ohne daß die Fährverbindung eröffnet wird.

Für nichtöffentliche Straße von Lichtenhain ins Kirnitzschtal wurden 2,9 Mio. DM auf die Straße gesetzt

Da liegt sie nun in der Landschaft und sonnt sich - die neue Asphaltverbindung zwischen Lichtenhain und Kirnitzschtal wurde fertiggestellt und ist durch ein Fahrverbotsschild geschmückt. Eine öffentliche Straße war sie allerdings noch nie. Die Kosten von etwa 2,9 Mio DM wurden zum größten Teil aus Fördermitteln bezahlt, da sie zur Verbesserung regionaler Wirtschaftsstrukturen dient. Auf halber Strecke ist noch ein Parkplatz geplant.

Befürworter hatte sie ausreichend. Die Naturschutzbehörde des Regierungspräsidiums stimmte dem Vorhaben zu, wenn „der Benutzerkreis beschränkt wird“. Es ist also keine normal befahrene Straße. Auch die Nationalparkverwaltung gab grünes Licht, da die neue Straße „in Übereinstimmung mit der Konzeption Verkehrsberuhigung Kirnitzschtal steht“. Von Herrn Phoenix, Stellvertretender Leiter der Behörde, war zu erfahren, daß die Straße durch Zubringerbusse genutzt werden soll, falls das Kirnitzschtal für den Verkehr gesperrt würde.

Soweit der Sachstand. Der Kommentar fällt kritisch aus:

Für uns ist es unfassbar, wie eine Summe von 2,9 Mio. DM so schnell aufgebracht werden konnte für ein Straßenprojekt, wo doch nicht einmal ein greifbares Verkehrskonzept für das Kirnitzschtal existiert.

Es gibt zur Zeit unzählige Prüfungen zur Vorgehensweise einer Verkehrsberuhigung, nur keine greifbaren Fortschritte. Von einer Sperrung des Kirnitzschtales ist man derzeit weiter entfernt als je zuvor. Gleichzeitig konnte aber jene Straße gebaut werden, deren Daseinsberechtigung erst bei einer Schließung des Tales Sinn ergeben würde. Die locker gemachten Fördermittel hätten unserer Meinung nach besser investiert werden müssen, z.B. in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder Park&Ride-Systeme.

Steffen Kube

Unangemessener Ausbau von Forststraßen im Nationalpark

Im Herbst vergangenen Jahres wurde der Reitsteig im Bereich des Kleinen Winterberges mit ABM-Mitteln als Forststraße ausgebaut. Das wurde mit dem geplanten forstlichen Umbau des Waldes in diesem Bereich und den sich daraus ergebenden Rückungen begründet.

Der alte Weg war in diesem Bereich teilweise sumpfig und der Belastung durch schwere Forstfahrzeuge nicht gewachsen. Deshalb wurde der Weg befestigt und ein Abflußgraben angelegt. Die durch den Graben hinterlassene Spur der Verwüstung (siehe Foto) steht in keinem Verhältnis zum erreichten Nutzen. Das durch den Ausbau erschlossene Waldgebiet ist relativ klein und erstreckt sich zu weiten Teilen auf unzugänglichen Felsriffen, wo ohnehin schon naturnaher Wald anzutreffen ist. Würde es einem Nationalpark nicht besser zu Gesicht stehen, auf solche gewaltsamen Eingriffe zu verzichten und in so eng begrenzten Waldgebieten z.B. Pferde für Rückungen einzusetzen? Den Mehraufwand würden die Menschen und die Natur bestimmt danken.

Klaus Kallweit



Tiefe Gräben mit zerhackten Wurzeln sind am Kleinen Winterberg vorzufinden
Foto: Klaus Kallweit